



Lösungsansätze

Politische Empfehlungen
der Ralf Dahrendorf Taskforce
zur Zukunft Europas

Lösungsansätze

Politische Empfehlungen der Ralf Dahrendorf Taskforce zur Zukunft Europas

- 2 Reform der EU-Institutionen – Re-Demokratisierung der EU

- 6 Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik –
eine starke Kooperation für ein stärkeres Europa in der Welt

- 10 Schutz der bürgerlichen Freiheiten – ein liberaler Ansatz
für Europa

- 18 Finanz- und Wirtschaftskrise – liberale Lösungen für ein
funktionierendes Europa

Reform der EU-Institutionen – Re-Demokratisierung der EU

1 Anzahl der Kommissare reduzieren

- Eine Verkleinerung der Europäischen Kommission würde zu einer Verringerung der Anzahl hochrangiger Akteure führen. Dies würde jedem Kommissar ein höheres Profil verleihen und ihn zu mehr Rechenschaft verpflichten. Zugleich entfielen auf jeden Kommissar zwangsläufig ein breiterer Zuständigkeitsbereich, dem wichtige Themen leichter zuzuordnen wären, nämlich solche, die gemäß dem Subsidiaritätsprinzip tatsächlich Handeln auf europäischer Ebene erfordern. Wenn in der EU Bürokratie abgebaut werden soll, muss sie rationalen politischen Anforderungen untergeordnet werden; ansonsten uferst sie aufgrund emotionaler politischer Forderungen aus.

2 Den rotierenden Vorsitz beenden

- Das Problem der mangelnden politischen Führung ließe sich im ersten Ansatz damit bekämpfen, den rotierenden Ratsvorsitz zu beenden. Der rotierende Vorsitz führt zu mangelnder Kontinuität und bewirkt, dass Entscheidungsträger aufgrund der häufigen Wechsel nicht erkennbar sind.
- Es wäre deutlich sinnvoller, den Ministern die Befugnis zu erteilen, den Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu wählen, um dadurch Souveränität zu stärken und Subsidiarität zu gewährleisten.

3 Souveränität stärken, Subsidiarität gewährleisten

- Geheime Verhandlungen und die Vereinnahmung von Regulierungsinstanzen („regulatory capture“), eine unvermeidliche Folge von Machtkonzentration, würden erheblich erschwert, wenn die Parlamentsabgeordneten der Mitgliedsstaaten ihre nationalen Interessen in einem institutionellen Rahmen angemessen verträten.
- Die institutionelle Lösung bestünde darin, die COSAC (Konferenz der

Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente) in eine neue Kammer zu überführen, in der jedes Land durch so viele Abgeordnete vertreten würde, wie es derzeit Stimmen im Europäischen Rat (oder den Ausschüssen) hat.

- Eine solche Kammer sollte sich zur Veranstaltung regelmäßiger Sitzungen verpflichten. Sie sollte ein wichtiger Baustein des Gesetzgebungsverfahrens und, anders als der Ausschuss der Regionen oder der Wirtschafts- und Sozialausschuss, nicht nur ein beratendes Organ sein, sondern tatsächlich Befugnisse des Rats übernehmen. Diese neue hohe Kammer könnte dann – viel demokratischer und transparenter – die wichtige Aufgabe übernehmen, gegenüber dem Europäischen Parlament, das als Volksvertretung bestehen bliebe, die Souveränität der Mitgliedstaaten zu vertreten.
- Darüber hinaus könnten andere, weniger weitreichende Maßnahmen erwogen werden. Es könnte z.B. vorgeschrieben werden, dass Nominierungen für die Europäische Kommission vom jeweiligen nationalen Parlament bestätigt werden müssten.
- Offenbar lässt sich nur durch die Stärkung der nationalen Parlamente zu Lasten der Exekutive gewährleisten, dass tatsächliche nationale Interessen uneingeschränkt vertreten werden.

4 Das System der Spitzenkandidaten institutionalisieren

- Dies könnte dazu führen, dass jede europäische Partei eine Art Vorwahl durchführt. Daraus ergäben sich möglicherweise politische Debatten, die Menschen mit hohem Interesse an und einer besseren Kenntnis der europäischen Politik mobilisieren.
- Das System könnte Diskussionen über europäische Themen anfangen, die über nationale Eigenheiten hinausgehen – was die Verfechter der Subsidiarität eigentlich begrüßen sollten.
- Insgesamt lässt es sich als politisches Experiment mit ermutigendem Ausgang betrachten. Das System sollte im Vertrag eindeutiger institutionalisiert werden.
- Die Institutionalisierung dieses Systems würde es den Bürgern in

ganz Europa ermöglichen, politische Alternativen in einem leicht verständlichen Rahmen zu erkennen.

5 Regierungen sollten regelmäßig über ihre Ratsarbeit an die nationalen Parlamente berichten

- Wir empfehlen, dass alle Regierungen ihren nationalen Parlamenten regelmäßig (zum Beispiel halbjährlich), an einem oder an mehreren Tagen über ihre Ratsarbeit Bericht erstatten.
- Diese Berichtspflicht soll es den Parlamenten ermöglichen, die Vertretung nationaler Interessen zu prüfen und Empfehlungen für künftige Beschlüsse auszuarbeiten.

6 Einen europaweiten Wahlbezirk einrichten

- Die Einrichtung eines paneuropäischen Wahlbezirks würde es politischen Akteuren und Parteien ermöglichen, zumindest teilweise populistische Debatten über nationale Themen zu vermeiden, die in einer breiter angelegten europäischen Debatte normalerweise (bestenfalls) nebensächlich sind.
- Die europäische Debatte würde um wenig relevante Sonderthemen bereinigt und das Prinzip der Subsidiarität hätte einen institutionellen Verbündeten.
- Des Weiteren sähen sich populistische Parteien gezwungen, zusammen mit anderen populistischen Parteien eine gemeinsame europäische Identität zu erarbeiten – ein Vorgang, bei dem sie weniger populistisch oder zumindest weniger isolationistisch werden müssten.
- Auf Seiten der Bürger sind drei wesentliche Vorteile absehbar. Erstens würden sie über die echten Themen informiert, die entschieden werden müssen, über den eigentlichen Zweck der Europäischen Union und über die Chancen und Grenzen europäischen Handelns. Der zweite Vorteil wäre die Möglichkeit, zwei Stimmen abzugeben und damit doppelt Einfluss auf die Politik zu nehmen: über den nationalen Wahlkreis und über den europäischen. Und schließlich hätten die Wähler mehr Möglichkeiten zur Auswahl und wären nicht mehr

auf die Parteien ihres Lands beschränkt, da das europäische politische Spektrum weiter und wettbewerbsträchtiger ist.

7 Paneuropäischen Parteien Gestalt verleihen

- Es ist nur natürlich, dass nationale Parteimitglieder auch weiterhin den Großteil der Macht in jeder paneuropäischen Partei innehaben werden. Aber die Einzelmitgliedschaft eröffnet Bürgern aus der gesamten Union die Möglichkeit, politisch gemeinsam aktiv zu werden, ungeachtet ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeit.
- Die Einzelmitgliedschaft in europäischen Parteien ermöglicht Vernetzung, gemeinsame politische Treffen und Kampagnen. Sie verleiht der Idee eines gemeinsamen europäischen politischen Raums konkreten Ausdruck.

8 Mechanismen der partizipativen Demokratie integrieren

- Die politische Interaktion zwischen Bürgern kann im Rahmen der lokalen und regionalen Politik durch persönlichen Kontakt erfolgen und lässt sich auf nationaler Ebene leicht durch politische Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und die Massenmedien herstellen. Im europäischen Zusammenhang hingegen ist die Zivilgesellschaft nur schwach vernetzt. Es gibt keine echten europäischen Massenmedien und der persönliche Kontakt auf dieser Ebene ist einigen wenigen vorbehalten. Für Menschen aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten stellt die digitale Staatsbürgerschaft daher die einzige realistische Möglichkeit dar, an gemeinsamen politischen Unternehmungen zusammenzuarbeiten.
- Die Nutzung partizipativer Mechanismen zur Festlegung der Wahllisten, wie sie von einigen politischen Parteien bereits jetzt praktiziert wird, erfordert politische Persönlichkeiten, die es Mitgliedern und Bürgern erlauben, sich der Parteidisziplin zu widersetzen.
- Die digitale partizipative Demokratie muss nicht auf Wahlen beschränkt bleiben. Sie kann in einen strukturierten Dialog (Themenschmiede) mit Bürgern und Aktivisten münden.

Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – eine starke Kooperation für ein stärkeres Europa in der Welt

1 Osteuropapolitik der EU

- Eine ausgeprägte politische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine sollte in den nächsten Jahren einen Eckpfeiler der europäischen Ostpolitik bilden. Die EU sollte darauf bestehen, dass das Assoziierungsabkommen in vollem Umfang umgesetzt wird. Sie sollte weitreichende politische Reformen in der Ukraine fordern und das Land technisch umfassend und finanziell angemessen unterstützen. Erfolgreiche Reformen in diesem Land hätten für die gesamte Region Vorbildcharakter.
- Die EU sollte die Visumsanforderungen für ukrainische Staatsbürger lockern, um den Grenzverkehr zu erleichtern.
- Das Programm der Östlichen Partnerschaft sollte, auf die sich wandelnde geopolitische Lage abgestimmt, neu aufgelegt werden.
- Im Aufnahmeprozess der ukrainischen Banken in das Zahlungssystem SEPA sollte sich die EU aktiver engagieren. Dazu sollte sie Druck ausüben, um Veränderungen im gesamten ukrainischen Bankensystem zu bewirken.
- Die europäische Führung sollte sich eindeutig gegen jeglichen Versuch positionieren, Grenzen in Europa mit Gewalt neu zu ziehen. Dem Kreml muss deutlich gemacht werden, dass Grenzveränderungen, die durch Gewalt, Drohungen oder politische Manipulation erreicht werden, von der internationalen Staatengemeinschaft nicht akzeptiert werden.
- Die Sanktionen gegen das aktuelle russische Regime sollten aufrechterhalten werden, um Akteure, die die Grundregeln und Grundwerte der Europäischen Union missachten, ein deutliches Signal der Solidarität der Europäischen Union zu senden. Bei Sanktionen handelt es sich außerdem um ein sinnvolles Instrument, um die russischen Militärkapazitäten sowie die politische und wirtschaftliche Basis des

Regimes einzuschränken.

- Die russischen Strategien müssen erkennen, dass die EU gemeinsam Sorge für die Sicherheit ihrer Mitglieder tragen wird. Daher sollten die EU-Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten, indem sie entlang der östlichen EU-Grenzen Truppen stationieren, um die aktuellen NATO-Einsatztruppen zu verstärken.

2 Energiesicherheit

- Integration: Herstellung der vollständigen Verbundfähigkeit durch den Ausbau der Gasspeicherkapazität in bestimmten Regionen, vor allem in den geografischen Märkten zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer. Außerdem Harmonisierung und Liberalisierung des Rechtsrahmens in der gesamten EU, um systemische Engpässe zu beheben.
- Technologischer Fortschritt und Steigerung der Selbsterzeugung: Durch die Nutzung neuartiger Technologien für eine umweltfreundlichere, sicherere und günstigere Gewinnung und Erzeugung von Erdgas aus konventionellen und nicht-konventionellen Vorkommen.
- Regulierung: Es sollten gleichermaßen angebots- sowie nachfrage-seitige Maßnahmen und ordnungspolitische Initiativen verfolgt werden, um die Integration der EU-Energiemärkte zu beschleunigen und zu vertiefen – mit dem Ziel einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz und einer effektiven Kohlenstoffreduzierung der EU-Wirtschaft.

3 Politik der EU im Mittelmeerraum (FRONTEX)

- Festlegung von Standards für Mindestbeiträge aller EU-Mitgliedstaaten. Indem man die Beiträge zu den Patrouillen an den Außengrenzen der Höhe nach freiwillig lässt, aber an bestimmte Vorgaben knüpft (z. B. Mindestanzahl von Schiffen, Anzahl der Arbeitskräfte, die pro Jahr und teilnehmendem Mitgliedstaat bereitgestellt werden) und die Koordinierung mit Europol verstärkt, kann FRONTEX wirksamer agieren, ohne dass dies Fragen der nationalen Souveränität aufwirft.
- Ein übertriebenes Sicherheitsdenken innerhalb der EU-Agenturen

könnte in fragwürdigen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung münden, die die Privatsphäre der EU-Bürger bzw. individuelle Bürgerrechte verletzen.

- FRONTEX ist außerdem anfällig für eine Entpolitisierung und könnte von nationalen Politikern als Sündenbock genutzt werden, um die gemeinsame politische Verantwortung für die zunehmende Anzahl von Zuwanderern abzugeben. Es besteht die Gefahr, dass die gemeinsame Verantwortung soweit überstrapaziert wird, dass kein Mitgliedstaat (oder keine Regierung) mehr für das eigene Handeln zur Rechenschaft gezogen wird.
- Aus liberaler Sicht ist es wichtig, gegenüber diesen beiden Entwicklungen – überzogenes Sicherheitsdenken einerseits und Entpolitisierung andererseits – wachsam zu bleiben. Die Verschärfung von Sicherheitsvorkehrungen könnte zu fragwürdigen Antiterrormaßnahmen führen, die in die Privatsphäre der EU-Bürger eingreifen, während ein hohes Maß an Entpolitisierung dazu führt, dass Politiker weniger politische Verantwortung übernehmen.

4 Europäischer Verteidigungsmarkt (Pooling und Sharing / Beschaffung)

- Der Verteidigungsmarkt unterscheidet sich grundlegend von anderen Sektoren. Die üblichen Marktregeln gelten hier nicht. Der Preis wird nicht nur durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern in hohem Maße auch von nationalen Interessen. Das bedeutet, dass das im Verteidigungssektor erzielte Maß an Effektivität immer hinter dem anderer Sektoren zurückbleibt.
- Bevor sich für Mitgliedstaaten ein Nutzen aus der Bündelung und gemeinsamen Nutzung von Ressourcen („Pooling und Sharing“ – P&S) ergibt, sind erhebliche Investitionen erforderlich.
- Die erfolgreichsten P&S-Projekte sind solche, an denen maximal zwei bis vier Mitgliedstaaten aus derselben Region beteiligt sind (gemeinsame Militärdoktrin, Korpsgeist und regionale Interessen). Bisher haben sich langfristige Vorhaben, die über Jahrzehnte bestehen und

sich „natürlich“ von der Basis („bottom-up“) entwickelt haben, als die effektivsten erwiesen.

- Als direkte Folge davon hat der Kapazitätsaufbau in bestimmten Nischen innerhalb des NATO-Rahmens zu einer relativ hohen Spezialisierung der EU-Mitgliedstaaten geführt, wie z. B. die niederländisch/spanisch/amerikanische Nische der Raketenverteidigung, der norwegische Minenräumdienst, die britischen Freifall-Atomwaffen etc. Dies wird die Interoperabilität der EU stärken, da die operative Kooperation inzwischen eher die Regel als die Ausnahme ist.
- Solange es Nationalstaaten gibt und nationale Interessen deren Entscheidungen bestimmen, bleiben operative Zuständigkeiten Vorrecht der Mitgliedstaaten.
- Aufgrund von Inflation und als Folge des rasanten technologischen Fortschritts müssen in den Verteidigungsetats zusätzliche Mittel für F&E bereitgestellt werden, um mit den sich schnell wandelnden Anforderungen Schritt zu halten (z. B. Cybergefahren, Radaranlagen und Raketenabwehr). Sonst wird es schwierig, einen angemessenen Richtwert von 20% zu erreichen.
- Um die internationale Kooperation nicht zu gefährden, müssen sich die NATO-Mitgliedstaaten engagieren. Die Trittbrettfahrer innerhalb der NATO höhlen die Allianz aus und untergraben langfristig ihre strategischen Interessen. Länder, die weniger als 2% ihres BIP für die Verteidigung ausgeben, sollten darlegen, auf welchem Wege sie das Mindestmaß an Verteidigungsausgaben erreichen werden.

Schutz der bürgerlichen Freiheiten – ein liberaler Ansatz für Europa

1 Einhaltung der europäischen Werte und Grundrechte in den EU-Mitgliedstaaten sicherstellen

- Die EU sollte die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte ratifizieren, um den Schutz der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte zu gewährleisten. Die EU sollte durch dieselben Verpflichtungen wie ihre Mitgliedstaaten gebunden sein.
- Als Alternative zum Art. 7 des EU-Vertrags, der vermutlich auch in Zukunft nicht angewandt wird, muss ein Mechanismus glaubwürdiger, eskalierender Sanktionen geschaffen werden. Ein solcher Mechanismus soll vorbeugend und korrigierend wirken, bevor das Verfahren nach Art. 7 zur Anwendung kommt.
- Es sollte eine EU-Punktetafel für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte aufgestellt werden, für die eine Reihe von Indikatoren/Kriterien für verschiedene Arten von Verletzungen der Grundrechte und -freiheiten festgelegt wird. Verletzungen der Grundrechte in den EU-Mitgliedstaaten sollten dann anhand dieser Kriterien von der Europäischen Kommission bewertet und als geringfügige oder schwerwiegende Verstöße gegen die Grundrechte eingestuft werden. Ausgehend von den Erkenntnissen der Punktetafel wird ein jährlicher Monitoring-Bericht erstellt.
- Die Punktetafel gilt nicht nur für die neueren EU-Mitgliedstaaten, sondern für alle EU-Mitgliedstaaten in gleichem Maße.
- Auf Grundlage des jährlichen Monitoring-Berichts wird ein Dialogmechanismus zwischen der EU-Kommission und den Institutionen des EU-Mitgliedstaats eingerichtet, der gegen die Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte verstößt (im „EU Democratic Governance Pact“ – Pakt für demokratische Regierungsführung – „DLR-Semester“ genannt). Dieser Mechanismus soll auch andere Akteure im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte einbeziehen, wie das EU-Parlament, die

nationalen Parlamente, den EU-Ministerrat und die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Bleiben die Konsultationen ergebnislos, leitet die Europäische Kommission eigenständig oder auf Empfehlung der EU-Grundrechteagentur einen bindenden Mechanismus ein.

- Die Fördermittel und Befugnisse der EU-Grundrechteagentur, lokale Projekte zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen, sollten aufgestockt werden. Ähnlich wie es die politischen Stiftungen in Deutschland, die Open Society Foundations und andere Nichtregierungsorganisationen bereits tun, sollte die EU-Grundrechteagentur lokale Organisationen (Medien, NROs, zivilgesellschaftliche Gruppen usw.) in ihren Bemühungen unterstützen, die Grundrechte in EU-Mitgliedstaaten zu fördern, in denen sie besonders bedroht sind. Entscheidungen über Kampagnenfinanzierung, Kapazitätsaufbau, politische Bildung und andere Maßnahmen sollten aufgrund der Ergebnisse der jährlichen Monitoring-Berichte und einer fortschreitenden Verschlechterung der Lage gefällt werden.
- Bei schweren Verstößen gegen die Grundrechtecharta der Europäischen Union gemäß Punktetafel könnten Finanzmittel aus dem EU-Haushalt in Form von Struktur- und Regionalfonds einbehalten werden. So könnte ein System negativer Anreize Druck auf die EU-Mitgliedstaaten ausüben, ihre Politikansätze unter dem Aspekt der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu überdenken.
- All diese Mechanismen werden genutzt, bevor Art. 7 zur Anwendung kommt. Falls Punktetafel und Konsultationen erkennen lassen, dass ein Mitgliedstaat systematisch gegen seine Verpflichtungen verstößt, sollten Sanktionen gemäß Art. 7 greifen. Der „ultimative Schlag“ sollte jedoch nicht in Strafen nach Art. 7 bestehen, sondern vielmehr im Ausschluss aus der EU.
- Werden wiederholt Sanktionen nach Art. 7 verhängt, ohne dass der betreffende Mitgliedstaat seine Verstöße einstellt, sollte die Kommission die Option haben, dem Staat in extremis mit dem Ausschluss aus der EU zu drohen und den Ausschluss als Ultima Ratio auch umzusetzen.

2 Privatsphäre und Datenschutz

- Neuen Herausforderungen, die sich durch die digitalen Technologien ergeben, sollte unvoreingenommen begegnet werden: die Vorteile von Maßnahmen zum Schutz der Benutzer müssen gegen die Nachteile der sich daraus ergebenden Einschränkungen abgewogen werden. Der Rechtsrahmen sollte so gestaltet sein, dass er neuen Technologien möglichst große Entwicklungsmöglichkeiten lässt.
- Ob es Bürgern ermöglicht werden sollte, Links zu Informationen über sich selbst löschen zu lassen, sollte dagegen abgewogen werden, dass der Informationszugang für Bürger ein wichtiger Bestandteil eines gut funktionierenden demokratischen Systems ist. Die Möglichkeit, Links zu Informationen zu löschen (das Recht, vergessen zu werden) sollte nur für Privatpersonen und erst nach einem bestimmten Zeitraum (z. B. nach fünf Jahren) gelten. Für Personen des öffentlichen Lebens sollte es kein Recht geben, vergessen zu werden.
- Derzeit bleibt es den Suchmaschinenbetreibern (z.B. Google, Yahoo! usw.) überlassen, Benutzeranträge auf Löschung der eigenen Informationen zu beurteilen. Im Zweifel neigen die Anbieter jedoch dazu, Anträgen stattzugeben, anstatt das öffentliche Interesse an der Verfügbarkeit der Informationen zu berücksichtigen. Damit ist das Gleichgewicht zwischen dem Recht, vergessen zu werden, einerseits und dem Recht auf Zugang zu Informationen andererseits nicht gewahrt. Anträge auf Löschung von Links zu Informationen auf Websites sollten von den Datenschutzbehörden beurteilt werden; Bürger sollten in diesen Fällen die Möglichkeit haben, eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen, die diese anhand einer Reihe von Kriterien bewertet (Privatperson vs. Person des öffentlichen Interesses, Interesse der Öffentlichkeit an diesen Informationen usw.). Die nationalen Datenschutzbehörden sollten auf EU-Ebene koordiniert werden, um hohe Schutzstandards und einen Austausch empfohlener Vorgehensweisen („best practices“) zu gewährleisten.

3 Selbstbestimmung und Separatismus

- Liberale sollten den Wunsch (und das Recht) jedes Menschen unterstützen, frei zu wählen, wie er regiert werden möchte, gerecht regiert zu werden und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Der Einzelne hat ein Recht, über seine Regierung und ihre Politiken zu entscheiden. Schließlich besteht die Daseinsberechtigung des Staats (raison d'être) darin, dem Willen der Bürger zu dienen – nichts anderes.
- Staatsstrukturen, die Forderungen nach Selbstbestimmung gerecht werden sollen, sollten auf der Grundlage von Dezentralisierungs- und Subsidiaritätsprinzipien und -mechanismen entwickelt werden. In Zeiten gemeinsamer nationaler Souveränität, vor allem in der EU, ist es lächerlich, an Nationalstaaten festzuhalten, die vor Hunderten von Jahren aufgebaut wurden. Liberale sollten das Subsidiaritätsprinzip und die Kompetenzübertragung auf die unterste mögliche Ebene unterstützen. Staaten können Sezessionsbestrebungen u. U. dadurch entgegenwirken, dass sie die Rechte von Minderheiten anerkennen und ihren Forderungen entgegenkommen sowie Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse an neue oder bestehende Untereinheiten oder autonome Regionen übertragen.
- Wenn sich Parteien oder Regierungen jedoch weigern, regionale, nationale oder autonome Selbstverwaltung überhaupt in Betracht zu ziehen, ist es verständlich, dass sich Bürger radikalieren und Unabhängigkeit als einzigen Ausweg betrachten. Auch hier sollten sich Liberale solchen Ansprüchen nicht grundsätzlich mit dem Argument verwehren, dass sie Nationalismus nicht unterstützen. Menschen, die den Status quo verteidigen und sich gegen Sezession aussprechen, sind sehr oft auch Nationalisten. Hier sollte die Demokratie als Lackmustest dienen. Gelangt eine Partei mit dem Auftrag zur Durchführung einer Volksabstimmung über eine Abspaltung an die Macht, sollte das entsprechende Referendum auch stattfinden dürfen und das Ergebnis rechtsverbindlich sein.

- Forderungen möglicher neugegründeter Staaten auf Verbleib in der EU sollte wohlwollend beurteilt werden. Erstens sind die Bürger dieser neu gegründeten Staaten europäische Bürger. Der Europäische Gerichtshof könnte die Haltung von Mitgliedern des Europäischen Rats verurteilen, die sich dagegen aussprechen, dass solche neugegründeten Staaten der EU beitreten, da dies de facto die Aberkennung der europäischen staatsbürgerlichen Rechte solcher Bürger bedeuten würde. Wenn zweitens alle anderen Beitrittskriterien erfüllt sind und die Blockade nur dazu dient, die Katalanen oder Schotten für ihre Entscheidung zu „bestrafen“ oder weitere Regionen von der Abspaltung abzuhalten, könnte diese Haltung im Rat auch insofern missbräuchlich sein, als die EU auch eine Union der Bürger und nicht nur der Mitgliedstaaten ist.
- Für Liberale ist es wichtig, zwischen dem Recht auf freie Entscheidung (per Abstimmung oder Verhandlung) und dem möglichen Ausgang solcher Abstimmungen oder Verhandlungen zu unterscheiden. Europäische Beobachter sollten sich nicht gegen Verfahren oder Mechanismen aussprechen, die eine Entscheidung über die Selbstverwaltung herbeiführen sollen. Ein liberaler Beobachter muss die Legitimität eines solchen demokratischen Prozesses anerkennen.

4 Freizügigkeit, Migration und Asyl

- Asyl und Migration sollten getrennt voneinander behandelt und bearbeitet werden, aber niemals unter dem Aspekt der Sicherheit. Die EU sollte an den Grundsätzen der offenen Gesellschaft, der Toleranz und des Schutzes Verfolgter festhalten. Anderenfalls könnten Einfluss und Ansehen („soft power“) Europas untergraben werden. Die EU muss gewährleisten, dass die Grundrechte von Zuwanderern und Asylsuchenden in der EU eingehalten werden.
- Migration sollte als wirtschaftliche und soziale Entwicklungschance für Gesellschaften gesehen werden. Die Liberalen sollten sich klar für offene und tolerante Gesellschaften aussprechen. Dabei sollten sie den Grundsatz des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches als

Bereicherung der Zivilgesellschaft unterstützen und einen Mechanismus schaffen, mit dem Zuwanderer legal zu Arbeitszwecken in die EU kommen können.

- Das europäische Asylsystem muss dringend überarbeitet werden, vor allem die Dublin-Regelung. Was die Anzahl der Asylsuchenden und ihr Verteilung auf die Mitgliedstaaten betrifft, sollten auf der Bevölkerung der jeweiligen Mitgliedsstaaten und ihrem BIP pro Kopf basierende Quoten festgelegt werden. Um zu vermeiden, dass Menschen die riskante Mittelmeerüberfahrt auf sich nehmen oder andere gefährliche Routen nach Europa wählen, sollte die EU Asylstellen in den Herkunftsländern öffnen, um Asylanträge schnell zu bearbeiten und Schleuser zu bekämpfen.
- Die finanziellen Ressourcen und Befugnisse von FRONTEX sollten deutlich ausgeweitet werden, damit die Agentur besser auf den Zustrom von Migranten und Asylsuchenden reagieren kann.
- Gerade Liberale sollten die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit als zentrales, definierendes Merkmal der Europäischen Union befürworten.
- Liberale unterstützen den Grundsatz, dass Nutzer staatlicher Dienste für deren Nutzung bezahlen, sofern es sich nicht um universelle Grundrechte handelt und wobei bestimmte Solidaritätskriterien zur Vermeidung von Diskriminierung angewandt werden. In diesem Sinne sollte der Zugang zu bestimmten Sozialleistungen und Arbeitslosengeld Bürgern vorbehalten sein, die vorher in die entsprechenden Systeme eingezahlt haben.
- Um es auch neuen, finanziell weniger gut gestellten Beitrittsstaaten zu ermöglichen, künftig der Europäischen Union beizutreten, sollte es möglich sein, neueren Mitgliedstaaten Beschränkungen beim freien Personenverkehr aufzuerlegen – unter der klaren Voraussetzung, dass die Einschränkungen zu einem vor dem Beitritt festgelegten Zeitpunkt oder bei Erfüllung bestimmter festgelegter Kriterien wegfallen werden.

5 Gleichstellung von Männern und Frauen

- Liberale stimmen zu, dass gleiches Entgelt für gleiche Arbeit ein wesentliches Ziel jeder Gesellschaft ist. Wir akzeptieren, dass Fördermaßnahmen zugunsten benachteiligter Gruppen möglicherweise als kurzfristige Maßnahme notwendig sind, um Chancengleichheit herzustellen. Diese müssen mit den Anforderungen des ökonomischen Liberalismus in Einklang gebracht werden.
- Liberale glauben an das Recht des einzelnen Menschen, über sein Leben zu bestimmen, einschließlich der reproduktiven Rechte und des Rechts, das eigene Leben zu beenden. Um Missbrauch oder Fehlern vorzugreifen, muss der Rechtsrahmen klare Regeln festlegen. Aber schwierige Fragen sollten nie ein Grund sein, keinen Rechtsrahmen zu schaffen.
- Wir stehen neuen Technologien und Fortschritt grundsätzlich offen gegenüber, auch im medizinischen Bereich, und scheuen uns nicht vor möglichen bioethischen Fragen.

6 Religionsfreiheit gegenüber Kulturrelativismus

- Liberale erkennen weiterhin das Recht jedes Menschen an, nicht aufgrund seines religiösen Glaubens verfolgt zu werden.
- Wir stellen aber auch fest, dass Kulturrelativismus in keinem Fall genutzt werden darf, um die liberale Demokratie auszustechen. Liberale erkennen bestimmte Werte als allgemeingültig an. Davon darf keine religiöse oder ethnische Gruppe ausgenommen werden. Es schafft schlimme Präzedenzfälle, Menschen aufgrund ihrer Kultur oder ethnischen Zugehörigkeit von der Pflicht zur Einhaltung dieser Werte zu entbinden.
- Es ist wichtig, die Redefreiheit weltweit zu sichern, auch in Europa. Im Spannungsfeld zur Religionsfreiheit wird die Redefreiheit oft im Namen des Respekts und der Toleranz beschnitten. Auch wenn Respekt eine wesentliche Säule des gesellschaftlichen Miteinanders ist, glauben Liberale nicht, dass offene Kritik an bestimmten religiösen Glaubensformen und Praktiken oder die Verulkung bestimmter The-

men eine Beleidigung einzelner Menschen darstellen. Karikaturen und Humor richten sich nicht gegen einzelne Gläubige, sondern gegen die religiösen Institutionen. Als Liberale glauben wir, dass nur eine Gesellschaft, in der man offen über Religionen und alle anderen Institutionen diskutieren, sie kritisieren und über sie lachen darf, gewährleisten kann, dass diese Institutionen nicht wichtiger als der einzelne Mensch werden. Wir sind daher der Ansicht, dass Blasphemiegesetze in Europa und weltweit sofort abgeschafft werden sollten.

- Wir meinen, dass der religiöse Glaube zwar unsere Gesellschaft prägt, aber trotzdem Privatsache ist. Daher sind die Liberalen der Meinung, dass es nicht Sache des Staats ist, den Religionsunterricht oder die Ausübung der Religion zu fördern oder zu finanzieren.

Finanz- und Wirtschaftskrise – liberale Lösungen für ein funktionierendes Europa

1 Finanzreform

- Erteilung eines klaren Auftrags an die EZB, als letzte Refinanzierungsinstanz gegenüber der Eurozone zu fungieren.
- Umsetzung eines breiteren einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus („Single Supervisory Mechanism“, SSM), an dem sich alle Banken in der Eurozone beteiligen, um Betrug zu bekämpfen und den Rechtsrahmen zu vereinfachen.
- Schaffung eines Sicherheitsnetzes und eines Lösungsmechanismus unter Koordinierung der EZB, an dem sich alle Banken in der Eurozone beteiligen, um künftige Krisen abzuwenden.
- Genehmigung der Gründung einer formellen Bank in virtueller Währung, die Zugriff auf einen Versicherungsfonds hat, um die Senkung der Transaktionskosten für Bankgeschäfte auf ein Minimum zu fördern.
- Schaffung eines überwachten Versicherungssystems in virtueller Währung mit einer Gebühr in Höhe von 0,1% auf jede Transaktion. Dies würde den Austausch mit Drittparteien und die Übertragung virtueller Währung erleichtern.

2 Einhaltung internationaler Vereinbarungen – Wirtschaftssanktionen

- Anwendung gemischter Strategien bei Verletzungen internationaler Abkommen in Abhängigkeit vom Schweregrad des Verstoßes.
- Einbindung anderer außereuropäischer Partner bei der Umsetzung weicher Maßnahmen („soft power“).

3 Bildung

- IT-Fähigkeiten müssen Teil des Lehrplans sein: So wie heute jeder mindestens zwei Fremdsprachen erlernen sollte, sollte auch jeder Grundkenntnisse in den Programmiersprachen erwerben. Die Umsetzung wird natürlich lange dauern, da zunächst die Lehrkräfte ge-

schult werden müssen. Aber wir müssen einen Anfang machen und die EU sollte die ersten Schritte unterstützen.

- Jeder sollte zumindest eine Grundausbildung in unternehmerischen Fähigkeiten erhalten. Dies bedeutet den Erwerb von Grundkenntnissen des Rechnungswesens (in jedem Fall nützlich für unser staatsbürgerliches Leben – viele Bürger wären weniger gefährdet, wenn sie wüssten, wie ein Budget funktioniert) und des Projektmanagements.
- Da man ohne Bezugspunkte kein Unternehmen aufbauen kann, sollte jeder in der Pflichtschulzeit ein gewisses Maß an Fachkenntnissen erlernen, nicht nur theoretisches Wissen. Ein kritischer Geist ist ein praktisch veranlagter Geist. Wo möglich, sollten diese beruflichen Fähigkeiten auch über duale Ausbildungsprogramme vermittelt werden. Ungeachtet der Frage, ob sich jemand dafür entscheidet, angestellt zu arbeiten oder ein eigenes Unternehmen zu gründen, sollten wir jeden während der Schulzeit auf die Zukunft vorbereiten.
- Die Europäische Union kann und sollte Benchmarking-Werkzeuge fördern, Studien über gute und schlechte Vorgehensweisen finanzieren und Mitgliedstaaten bei der Gestaltung ihrer eigenen Bildungssysteme unterstützen. Bei komplexeren Fragen, wie der Ausbildung von Lehrkräften in neuen Fertigkeiten wie der Computerprogrammierung, könnte sie sogar Starthilfe leisten, indem sie die ersten Schritte finanziert. Wenn wir die Frage der Arbeitslosigkeit nicht lösen (einschließlich Aspekten wie der beruflichen Fort- und Weiterbildung in späteren Lebensphasen und der Umschulung erwerbsloser Arbeitnehmer usw.), werden wir kein ausreichendes Wirtschaftswachstum erzielen und es versäumen, Europa für den Wettbewerb im globalen Umfeld fit zu machen.

4 Energie- und Umweltreform

- Überprüfung des Europäischen Emissionshandelssystems ETS (2003/87/EG), Einführung des Ansatzes „Clean Tech Transfer“ (Übertragung umweltfreundlicher Technologien).
- Umsetzung eines geschlossenen Besteuerungssystems zur Bear-

beitung von Umweltpolitiken (z. B. Reform der Energiebesteuerungsrichtlinie).

- Umsetzung eines Mechanismus zur Senkung der absoluten Treibhausgasemissionen unter Anwendung des Nachfrageseitentransfers auf die Strom- und Wasserrechnungen und eines Systems von stetig ansteigenden internen Transfers, sodass Großverbraucher höhere und sparsame Verbraucher deutlich niedrigere Preise pro verbrauchter Einheit bezahlen.
- Augenmerk nicht allein auf das Wirtschaftswachstum richten, sondern auch Nachhaltigkeitsindikatoren wie etwa die Ökobilanz (LCA, Life Cycle Assessment) und Recycling-Indikatoren zur Nutzwertanalyse neuer Projekte festlegen.

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Europäischer und Transatlantischer Dialog
Avenue de Cortenberg 71/Kortenberglaan 71
1000 Brüssel
Belgien
T: +32 2 282 09 30
F: +32 2 282 09 31
brussels@fnst.org
www.fnf-europe.org

Übersetzung

Stefanie Becker

Lektorat

John Endres

Copyright © 2015 European Liberal Forum (ELF). Alle Rechte vorbehalten.

Veröffentlicht vom European Liberal Forum (ELF) mit Unterstützung der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit. Finanziert vom Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament ist für den Inhalt dieser Veröffentlichung nicht verantwortlich. Die in dieser Publikation vertretenen Meinungen sind ausschließlich die der Autoren. Sie spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen des European Liberal Forum (ELF) wider. Kein Teil dieser Veröffentlichung darf ohne vorherige Genehmigung des European Liberal Forum (ELF) vervielfältigt, in einer Datenbank gespeichert oder in irgendeiner Form oder mit irgendwelchen Mitteln (elektronisch, mechanisch, Fotokopie, Aufzeichnung oder andere) übertragen werden.

Gefördert durch das Auswärtige Amt nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages.



liberalforum.eu

fnf-europe.org